



BESCHLUSSHEFT

Deutsch-Französische Sitzung

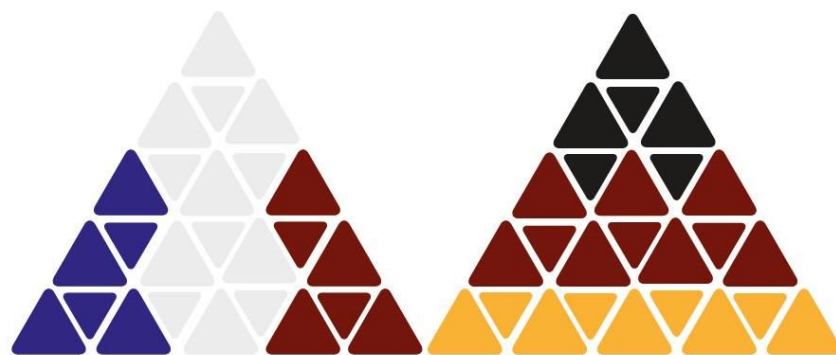
Europäisches Jugendparlament - Frankreich

&

Nord-Ost Ausschuss

Straßbourg

2. - 5. März 2019



FRANCO-GERMAN SESSION 2019



Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) I

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung schätzt, dass Europa im Jahr 2020 45% mehr Abfall erzeugen wird als 1995. Darüber hinaus hat sich die EU auch verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen innerhalb des gleichen Zeitraums um mindestens 20 % zu reduzieren. Allerdings sind Waste-to-Energy-Programme zunehmend attraktive Alternativen zu fossilen Brennstoffen. Wie können die EU und die Mitgliedstaaten die energetische Verwertung von Abfällen optimieren?

Vorgelegt von:

Jade CAMPAGNE (FR), Joanne ETCHANCHU (FR), Romane GIMENEZ-BAUDE (FR), Ikram J MEL (FR), Pauline PUJOL (FR), Audrey CALOZ (Chair, CH)

Das Europäisches Jugendparlament,

- A. Zutiefst besorgt über die durch Überkonsum, exzessive Produktverpackung und mangelnde Wiederverwertung entstehende Müllmengen in Europa,
- B. Erschüttert über die 500.000 Tonnen Müll, die täglich in Europa anfallen,
- C. Besorgt über die Größe der Fläche, die für Abfall- und Mülldeponien verwendet werden muss, sowie deren Einfluss auf Ökosysteme,
- D. Betrachtend, dass fossile Energien in naher Zukunft erschöpft sein werden,
- E. Die fehlende Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft über einen ökologischen Umgang mit Abfall mit Bedauern feststellend,
- F. Entsetzt über die wirtschaftliche Abhängigkeit bestimmter Staaten von fossilen Brennstoffen,
- G. Im Glauben, dass eine Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten schwer zu erreichen ist,

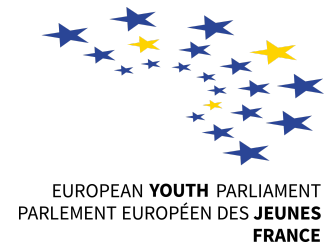


- H. Bewusst über mangelnde Infrastruktur zur Wiederverwertung von Abfall,
- I. Aufmerksamkeit auf die hohen Kosten des Transportes von Abfall richtend,
- J. Die hohen Initiationskosten zur Abfallwiederverwertung berücksichtigend ;
1. Ruft den Rat der Europäischen Union dazu auf, die Unmenge an nicht-abbaubaren Verpackungen durch die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft¹ sowie die Förderung verpackungsfreier Läden und biologisch abbaubarer Verpackungen zu limitieren ;
 2. Appelliert an die Mitgliedstaaten, Mülltrennung durch eine bessere Verfügbarkeit von trennenden Mülleimern, sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Medien und das Bildungssystem zu vereinfachen und bekannter zu machen ;
 3. Animiert die Lebensmittelindustrie dazu, ein Verteilungssystem für unverkaufte und nicht normgemäße Produkte zu entwickeln ;
 4. Ermutigt die Mitgliedstaaten, Objektbibliotheken² zu etablieren ;
 5. Rät dem Europäischen Forschungsraum³,
 - a. den ökologischen Einfluss von Abfallwiederverwertung näher zu erforschen ;
 - b. seine Berichte zu veröffentlichen ;
 6. Empfiehlt dem Rat der Europäischen Union, Firmen im Gebiet der Abfallverwertung zu subventionieren ;
 7. Bittet die Mitgliedstaaten
 - a. Existierende, ungenutzte Fabriken zur Abfallverwertung wieder nutzbar zu machen
 - b. neue Fabriken zur Abfallverwertung zu schaffen, sofern keine bestehenden in unmittelbarer Nähe sind ;

¹ Kreislaufwirtschaften beschreiben ein wirtschaftliches Konzept zur nachhaltigen Entwicklung dessen Ziel es ist, Güter und Dienstleistungen bereitzustellen und gleichzeitig den Konsum und die Verschwendung von Rohstoffen, Wasser und Energiequellen zu limitieren

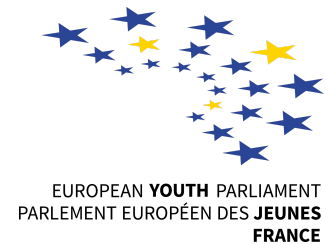
² Objektbibliotheken sind Läden, in denen Objekte ausgeliehen werden können

³ Der Europäische Forschungsraum strebt die Einsetzung einer kohärenten europäischen Forschungspolitik an, die auf wissenschaftlicher Exzellenz, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Kooperation beruht.



8. Schlägt dem Europäischen Auswertigen Dienst⁴ vor, eine europäische Organisation zu schaffen mit den Zielen :
- die gesetzlichen Bestimmungen innerhalb Europas zu vereinheitlichen
 - einen Austausch zwischen europäischen Staaten über den Umgang mit Abfall zu ermöglichen
 - einen gemeinsamen Fond ins Leben zu rufen.

⁴ Der Europäische Auswärtige Dienst leitet die diplomatischen Beziehungen der Europäischen Union mit Nicht-Mitgliedstaaten und setzt die Außen- und Sicherheitspolitik der Union um.



Entschließungsantrag des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) I

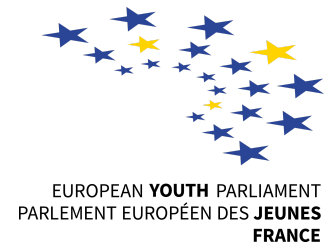
Im Juni 2019 plant Frankreich die Einführung einer neuen Form des nationalen Dienstes, die aus einer obligatorischen Phase mit Schwerpunkt auf der zivilen Kultur und einer späteren freiwilligen Phase des Militärdienstes oder der Freiwilligenarbeit besteht. Welche Maßnahmen können die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung dieser Bemühungen ergreifen, um die Bürgerverantwortung und eine aktive Bürgerschaft zu fördern?

Vorgelegt von:

Théophane GAUTHIER (FR), Gianni GIANNOTTA (IT), Mariyame NDIEGUENE (FR), Simon OHME (DE), Philip HOLZMANN (DE), Benedikt PUTZ (DE), Friederike SCHMID (DE), Saviël TER HART (Chair, NL)

Das Europäische Jugendparlament,

- A. In Anbetracht der Bedeutung der individuellen Freiheit,
- B. Mit Rücksicht auf der Tatsache, dass in einigen Mitgliedstaaten die obligatorische Zivilarbeit oder der nationale Dienst fortbesteht oder wieder eingeführt wird,
- C. Anerkennend der unterschiedlichen Niveaus der aktiven Staatsbürgerschaft in den Mitgliedstaaten,
- D. Unter Berücksichtigung der Studien, die einen proportionalen Zusammenhang zwischen Einkommen und Niveau des bürgerschaftlichen Engagements betonen,
- E. Mit Bedauern feststellend, dass viele junge Menschen keine Interesse an der Politik haben,
- F. Beunruhigt über die mangelnde Vertretung der Jugend in den Gesetzgebungen der EU und der Mitgliedstaaten,



- G. Besorgt über die Bedeutung der Teilnahme an der lokalen Politik als Teil einer aktiven Bürgerschaft,
- H. Unter Beachtung der Kontroverse, die durch die Einführung neuer staatsbürgerlicher Pflichten wie Wehrpflicht oder Wahlpflicht verursacht wurde,
- I. Unter Hinweis auf das mangelnde Interesse junger Menschen an einer Karriere im Militär- und Sozialdienst,
- J. In Anbetracht des mangelnden Bewusstseins der EU-Bürger über die staatsbürgerliche Verantwortung ;
1. Fordert die Mitgliedstaaten mit obligatorischem öffentlichen Dienst auf, europäische Freiwilligenprogramme als Erfüllung von Bürgerpflichten anzuerkennen ;
 2. Bittet die Europäische Kommission auf, die Mittel über die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA)⁵ in bestehenden Programmen wie dem Europäischen Freiwilligendienst und Erasmus+ aufzustocken ;
 3. Schlägt der EACEA vor, die Erasmus+-Mittel für den Studentenaustausch für Menschen mit geringerem Einkommen in der gesamten EU umzuleiten ;
 4. Ersucht die Europäische Kommission, Eurostat⁶ anzuweisen, weitere Studien über die Auswirkungen der kürzlich eingeführten Maßnahmen zur Förderung der Bürgerpflichten durchzuführen ;
 5. Appelliert an die Europäische Kommission, NRO und Programme zu unterstützen, die die politische Partizipation und das Verständnis der Politik fördern, wie beispielsweise das Verständnis Europas⁷ ;

⁵ Die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) ist eine Agentur der Europäischen Union, die Teile der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Kultur und audiovisuelle Medien verwaltet.

⁶ Eurostat ist eine Generaldirektion der Europäischen Kommission, die den Institutionen der EU statistische Informationen zur Verfügung stellt und die Harmonisierung der statistischen Methoden in ihren Mitgliedstaaten fördert.

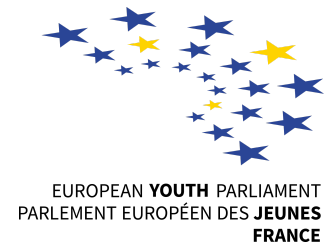
⁷ Understanding Europe ist ein Bildungsprogramm über die Europäische Union der Schwarzkopf-Stiftung Young Europe, das sich zum Ziel gesetzt hat, junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zu aktiven europäischen Bürgern zu machen.



6. Schlägt den Mitgliedstaaten vor, bei der Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse der Wahlen zum nationalen als auch zum Europäischen Parlament zwischen Null- und Blankostimmen⁸ zu unterscheiden ;
7. Erfragt die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle⁹, eine Social-Media-Kampagne zu starten, um die Bevölkerung über die europäischen Institutionen und die Bedeutung einer aktiven Bürgerschaft zu informieren ;
8. Unterstützt ferner die Einrichtung kommunaler Jugendräte durch die Mitgliedstaaten ;
9. Fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, weiter in die Ausbildung zum Militär- und Sozialdienst zu investieren, um sie attraktiver zu gestalten ;
10. Ermutigt die Mitgliedstaaten, die Einführung von Schülerverbänden und -räten an Gymnasien zu unterstützen ;
11. Schlägt den Mitgliedstaaten vor, Grundkurse über Politik in ihren allgemeinen Lehrplan aufzunehmen ;
12. Ermutigt die Mitgliedstaaten nachdrücklich, verbindliche curriculare Aktivitäten zur Erfüllung staatsbürgerlicher Aufgaben durchzuführen.

⁸ Nullstimmen sind verdorbene Stimmzettel, einschließlich leerer Stimmen.

⁹ Die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle ist eine internationale Organisation des Europarates, die statistische und analytische Informationen in den Bereichen Film, Fernsehen, Video/DVD, neue audiovisuelle Mediendienste und öffentliche Ordnung in Film und Fernsehen anbietet.



Entschließungsantrag des Ausschusses für konstitutionelle Fragen - (AFCO)

Die Wahlbeteiligung an den Europawahlen 2014 erreichte vor allem bei jungen Menschen einen Rekordtief. Wie kann die EU bei den nächsten Wahlen im Mai das politische Interesse und die Beteiligung junger Wähler wecken?

Vorgelegt von:

Blanca BREER (DE), Anes HASANBEGOVIC (BA), Felix KÄLSSMYR (SE), Anna SCHWABE (DE), Constanze SENDLER (DE), Lorenzo SPERLICH (DE), Tim ZIMMERMANN (DE), Bente PRESSE (Chair, DE)

Das Europäisches Jugendparlament,

- A. Besorgt, dass die Wahlbeteiligung in den Mitgliedstaaten der EU sich stark unterscheidet, und insbesondere in den neueren Mitgliedstaaten niedrig ist,
- B. Erkennend, dass junge Menschen aufgrund wandelnder Altersstrukturen einen zunehmend geringen Anteil der Wählerschaft stellen,
- C. Im vollen Bewusstsein, dass die Wahlprogramme die Jugend häufig nicht berücksichtigen,
- D. Realisierend, dass junge Wähler ihre alltäglichen Begebenheiten nur selten auf Entscheidungen der Europäischen Union zurückführen,
- E. In Kenntnis darüber, dass sich junge Menschen aufgrund der mangelnden Vielfalt der Wahlkandidaten, beispielsweise hinsichtlich Geschlechtes und Alters, nicht mit diesen identifizieren können,



- F. In Betracht nehmend, dass Programme zur politischen Partizipation junger Menschen, wie zum Beispiel der “Strukturierte Dialog”,¹⁰ aufgrund von zu geringer Bekanntheit nicht ausreichend von jungen Menschen angenommen werden,
- G. Dem Europäischen Parlament zur Einführung der “Citizens’ App”¹¹ gratulierend,
- H. In Kenntnis über die Tatsache, dass mangelndes Wissen von jungen Wählern über EU-Institutionen und -Strukturen zu einer geringen Wahlbeteiligung beiträgt,
- I. Tief besorgt, dass die Umständlichkeit der Wahl durch zeitliche und örtliche Begrenzung die Wahlbeteiligung mindert,
- J. In Betracht ziehend, dass aufgrund von zu geringer medialer Aufmerksamkeit EU-Politiker nicht genug wahrgenommen werden,
- K. Bedauernd, dass lediglich ein Drittel der europäischen Jugendlichen Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union hat,¹²
- L. Alarmiert über eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung,¹³ laut derer etwa zwei Drittel der jungen Europäer nicht über die kommende Europaparlamentswahl informiert sind ;
1. Appelliert an die Europäische Kommission, Schulreisen zu den europäischen Institutionen und Kulturstätten finanziell zu unterstützen, insbesondere für Schulen in strukturschwachen Regionen ;
 2. Fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, Briefwahlen, Botschaftswahlen¹⁴ sowie Vorwahlen zwei Wochen vor Wahltermin nach dem Beispiel skandinavischer Länder zu ermöglichen ;

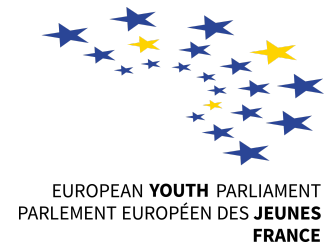
¹⁰ Der **Strukturierte Dialog** ist ein Diskussionsforum zwischen jungen Menschen und nationalen sowie europäischen Politikern

¹¹ Die “**Citizens’ App**” informiert, angepasst an die Lebenssituation des Nutzers, wie die Europäische Union dessen Alltag beeinflusst und verbessert

¹² Der Tagesspiegel: Zustimmung junger Menschen zur EU wächst (03.05.2018)

¹³ Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahestehende Stiftung mit dem Ziel, politische und gesellschaftliche Bildung zu fördern

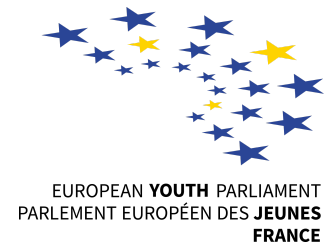
¹⁴ Botschaftswahlen: Die Bürger einiger Mitgliedstaaten, beispielsweise Frankreich, können in einer Botschaft ihres Herkunftslandes wählen, falls sie sich am Tag der Wahl im Nicht-EU-Ausland aufhalten.



3. Vertraut dem Rat der EU an, Strategien für E-Voting-Systeme¹⁵ näher zu erforschen und analysieren zu lassen, um mögliche Vorzüge und Risiken zu ermitteln ;
4. Appelliert weiterhin an die Mitgliedstaaten, Parteien zusätzlich zu fördern, damit diese gezielter Vertreter unterrepräsentierter Gruppen anwerben, um ihre Mitgliederstruktur erneuern zu können ;
5. Empfiehlt der Europäischen Kommission, eine online verfügbare, übersichtliche Liste aller Projekte und Programme zur aktiven Beteiligung Jugendlicher bereitzustellen ;
6. Empfiehlt weiterhin dem Europäischen Parlament, verstärkt auf die "Citizens' App" aufmerksam zu machen ;
7. Bittet die Mitgliedstaaten, das Thema Europa möglichst früh und praxisbezogen in den Lehrplan zu integrieren ;
8. Drängt die Abgeordneten des Europäischen Parlaments:
 - a. in Schulen und Jugendeinrichtungen in ihren Wahlkreisen mehr Präsenz zu zeigen,
 - b. sich weiterhin in sozialen Medien einzubringen ;
9. Ermutigt die zur Wahl stehenden Parteien, ihr Wahlprogramm jugend- und zukunftsorientierter zu gestalten ;
10. Äußert die Hoffnung, dass das Europaparlament die Diskussion über transnationale Wahllisten¹⁶ wieder aufnimmt ;
11. Empfiehlt der Europäischen Kommission, mit jungen Menschen mit großer Medienreichweite zu kooperieren, um Programmen wie dem Strukturierten Dialog zu mehr Bekanntheit zu verhelfen.

¹⁵ E-Voting bezeichnet die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen. In Estland können die Wähler seit 2005 ihre Stimme online abgeben, allerdings ist es bis heute das einzige Land, in dem E-Voting genutzt wird.

¹⁶ Die Wahlen zum Europäischen Parlament bestehen derzeit aus 28 Teilwahlen. Transnationale Listen sollen diese Teilwahlen um einen gesamteuropäischen Wahlkreis erweitern.



Entschließungsantrag des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Angesichts der schwindelerregenden Jugendarbeitslosigkeit steigt der Bedarf an Berufsausbildung und Praktika, um den reibungslosen Übergang junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Welche Maßnahmen können die Mitgliedstaaten ergreifen, um die Bedingungen für junge erwerbstätige Bürger zu verbessern?

Vorgelegt von:

Verona BÄHR (DE), Dina DAVAR (BE), Inessa DOBLER (DE), Maïlys DOVEAU (DE), Patrick HÖVELS (DE), Chiara LUPI (IT), Elen MIKAELYAN (AM), Milena MIKAELYAN (AM), Oscar SARAZIN (FR), Pello BORDEGARAY (Chair, ES)

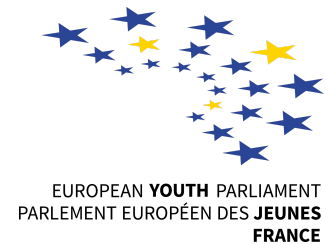
Das Europäische Jugendparlament,

- A. Unter Hinweis darauf, dass die höchste Jugendarbeitslosenquote der EU unter den Menschen mit nur Primärbildung oder weniger liegt,
- B. Alarmiert durch die Tatsache, dass die Bildung nicht auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zugeschnitten ist, was zu Folgendem führt:
 - i. die Unsicherheit für junge Menschen, nach ihrem Abschluss eine Arbeit zu finden,
 - ii. die Unfähigkeit der Arbeitgeber, junge Menschen mit den erforderlichen Fähigkeiten zu finden,
- C. Tief beunruhigt darüber, dass befristete Arbeitsformen wie Praktika, Saisonarbeitsplätze und befristete Verträge zu einer prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche geführt haben,
- D. Betrachtend die unbefriedigenden Arbeitsstandards bestimmter Praktika und behindert so den Erwerb einer angemessenen Berufserfahrung,
- E. In Erwägung ziehend die Tendenz der Arbeitgeber, die Einstellung junger Menschen aufgrund von :



- i. die Überzeugung, dass junge Menschen nicht als stabile Kandidaten erscheinen, da sie kurzfristig den Arbeitsplatz wechseln könnten,
 - ii. den innovativen Arbeitsansatz junger Menschen, der möglicherweise nicht mit den Arbeitsstrategien bestimmter Unternehmen übereinstimmt,
 - F. Mit Bedauern zur Kenntnis nehmend, dass die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen, die in einer sehr populären Berufsausbildung arbeiten, hoch ist,
 - G. Völlig beunruhigt über den Innovationsmangel vieler Unternehmen, der darauf zurückzuführen ist, dass keine jungen Leute eingestellt wurden,
 - H. Mit großer Besorgnis zur Kenntnis nehmend, dass die Einkommenshilfe der meisten EU-Mitgliedstaaten für arbeitslose Jugendliche sie wirtschaftlich von ihren Regierungen abhängig macht,
 - I. In Anbetracht der Tatsache, dass der Anstieg der Jugendarbeitslosenquote zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben führt,
 - J. Weiterhin alarmiert durch die Tatsache, dass Jugendarbeitslosigkeit zu sozialer Ausgrenzung, Jugendkriminalität, Drogenabhängigkeit und psychischen Problemen führen kann,
 - K. In der Überzeugung, dass die Jugendarbeitslosigkeit in ein Muster der sozialen Reproduktion¹⁷ eingeschrieben ist, das zu anhaltender sozialer Ungleichheit führt ;
-
- 1. Schlägt den nationalen Regierungen vor, bei der Gestaltung der Lehrpläne mit Hochschuleinrichtungen und privaten Unternehmen zusammenzuarbeiten ;
 - 2. Fordert die Mitgliedstaaten auf, die Ausbildung zur Bewerbung in den nationalen Lehrplänen der Schulen durchzuführen ;

¹⁷ Soziale Reproduktion bezieht sich auf die Strukturen und Aktivitäten, die soziale Ungleichheit von einer Generation zur nächsten übertragen. Es gibt vier Arten von Kapital, die zur sozialen Reproduktion in der Gesellschaft beitragen: Finanzkapital, Kulturkapital, Humankapital und Sozialkapital.



3. Fordert die Orientierungsbüros der EU-Universitäten auf, Kurse auf der Sekundarstufe II anzubieten, die zukünftige Schüler über die aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes informieren ;
4. Fordert die Schaffung einer Online-Plattform auf EU-Ebene, die darauf abzielt:
 - a. Unterrichtung junger Menschen über die derzeit auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Berufsbilder,
 - b. sie auf mögliche relevante Ausbildungswege hinzuweisen ;
5. Fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Studenten aus einkommensschwachen Familien Stipendien für die Hochschulbildung erhalten ;
6. Empfiehlt den Mitgliedstaaten, eine landesweite Organisation zu schaffen, die den Kontakt zwischen Arbeitgebern und jungen Menschen erleichtern soll, mit dem Ziel:
 - a. Unterstützung junger Menschen bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz;
 - b. Unterstützung der Arbeitgeber bei der Suche nach Arbeitnehmern mit den erforderlichen Fähigkeiten ;
7. Ladet die Mitgliedstaaten ein, die Privatunternehmen zu ermutigen, ihre Einstellungskriterien für Bewerber transparenter zu gestalten ;
8. Schlägt vor, den deutschen integrierten Studiengang *Duales Studium*¹⁸ auf EU-Ebene zu erweitern, damit die Studierenden gleichzeitig studieren und arbeiten können ;
9. Fordert die Schaffung einer Agentur auf EU-Ebene nach dem Vorbild der *Bundesagentur für Arbeit*¹⁹, die besteht aus :
 - a. Unterstützung junger Menschen bei der Arbeitssuche durch Bildungsworkshops ;
 - b. Kürzung der Einkommenshilfe für junge Menschen, wenn sie nicht rechtfertigen, dass sie aktiv auf Arbeitssuche sind ;

¹⁸ Duales Studium ist ein Weg zu einer universitären Laufbahn, die auch praktische Aufgaben in Unternehmen beinhaltet. Sie unterscheidet sich von den "klassischen" Studiengängen durch ihren Praxisbezug und ihre Relevanz, die natürlich je nach Universität und Note variiert.

¹⁹ Bundesagentur für Arbeit. Sie ist eine deutsche Bundesanstalt im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Bundesagentur für Arbeit verwaltet bundesweit Jobcenter und verwaltet Arbeitslosengeld.



10. Appelliert an die Universitäten der Europäischen Union, ausschließlich Praktika zu validieren, die an einem vordefinierten Satz von Kriterien hinsichtlich der Arbeits- und Lohnbedingungen festhalten ;
11. Ermutigt private Unternehmen, ein "Buddy-System" einzuführen, das darin besteht, ältere erfahrene Arbeitnehmer mit jungen Arbeitnehmern paarweise zu vermitteln ;
12. Fordert die nationalen Regierungen auf, privaten Unternehmen, die junge Menschen für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren einstellen, eine finanzielle Belohnung zu gewähren.



Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Sowohl die formale als auch die nicht-formale Bildung haben einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Jugend. Wie können Bildungs- und Kultureinrichtungen vor diesem Sinneden Multikulturalismus in Europa fördern und gleichzeitig die Stimmung gegen Migration, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit bekämpfen?

Vorgelegt von:

Natascha BÄHR (DE), Simona BARLETTA (IT), Valentine CRIQUI (FR), Fritz FEHLERT (DE), Dea FETIU (XK), Maïssa HABCHI (FR), Anaïs LORENZ (DE), Alexander SALLNÄS (SE), Kirsten YOUNG (DE), Defne GÜZEY (Chair, TR)

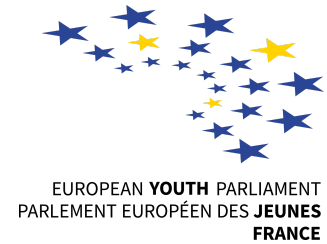
Das Europäisches Jugendparlament,

- A. Beunruhigt durch die Tatsache, dass den nationalen Lehrplänen oft multikulturelle Werte fehlen,
- B. Mit Bedauern feststellend, dass die EU-Bürger sich der Hintergründe der Migration nicht bewusst sind, was zu einem Mangel an Empathie gegenüber Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Religionen führt,
- C. Mit großer Sorge zur Kenntnis nehmend, dass Personen mit ausländischem, ethnischem und religiösem Hintergrund oft stereotypisiert sind, was zu Diskriminierung und Belästigung führt,
- D. Besorgt über die Angst des Verlustes der kulturellen Identität, die europäische Bürger in- und ausländischer Herkunft sowie Einwanderer erleben,
- E. Überzeugt davon, dass der interkulturelle Austausch zu einer effizienten Integration beiträgt,
- F. Zutiefst besorgt über das Aufkommen extremer politischer Ansichten gegen Migration und Multikulturalismus, die die Einheit der EU gefährden,
- G. Im Bewusstsein darüber dass der nachhaltigen Einwanderer aktiv zur europäischen Gesellschaft beitragen,
- H. In Anbetracht der Tatsache, dass Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit die Spannungen innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten verstärken könnten ;



1. Fordert die Mitgliedstaaten auf, die kulturelle Diversifizierung in Kindergärten zu fördern, indem sie Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft in dasselbe Umfeld einbeziehen;
2. Wünscht, dass die Mitgliedstaaten den Multikulturalismus in die formale Bildung einbeziehen durch:
 - a. Organisation von Veranstaltungen, die traditionelle Elemente wie Rezepte, Kleidung und Musik beinhalten
 - b. Einführung von Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung in den nationalen Lehrplänen ;
3. Ersucht die Mitgliedstaaten, die nationalen Lehrpläne entsprechend zu ändern: die Entwicklung von kritischem Denken und Debattierfähigkeiten zu fördern; Sicherstellung des Bewusstseins und des Verständnisses der Schüler für aktuelle geopolitische Ereignisse, Krisen und Kontroversen;
4. Fordert die einschlägigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf, EU-weite Workshops an Schulen und Arbeitsplätzen einzurichten, die darauf abzielen:
 - a. Aufklärung über die Bedeutung von Integration und Multikulturalismus sowie die Gründe für die Einwanderung;
 - b. unter Hervorhebung der entscheidenden Rolle der Einwanderer in der Wirtschaft der Staaten ;
5. Leitet die Einbeziehung von rassistisch motivierten Straftaten, die sich an europäische Bürger mit ausländischem ethnischen Hintergrund sowie an Migranten der ersten Generation, Asylbewerber und Flüchtlinge richten, in Forschungsberichte wie die Schattenberichte des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (ENAR)²⁰ ;
6. Fordert die Europäische Kommission auf, eine EU-weite Plattform zur Erleichterung des interkulturellen Dialogs einzurichten, indem sie Einwanderer zur Teilnahme an Konferenzen in Bildungseinrichtungen einlädt ;
7. Ermutigt die Europäische Kommission, interkulturelle Austauschprogramme zu schaffen, die sich sowohl an Studenten als auch an Erwachsene in Bereichen wie Politik, Kunst, Sport und Kochen richten ;
8. Schlägt den Mitgliedstaaten vor, interkulturelle Veranstaltungen auf regionaler Ebene einzurichten, um dies zu erreichen:

²⁰ Die Schattenberichte der ENAR sind eine Zusammenstellung von Informationen und Daten, die von Mitgliedsorganisationen gesammelt wurden. Sie werden jährlich erstellt, um die Lücken in den offiziellen und akademischen Daten zu schließen, eine Alternative zu diesen Daten zu bieten und eine NGO-Perspektive über die Realitäten des Rassismus mit der EU und ihren Mitgliedstaaten anzubieten.



- a. Aufklärung über die Kultur des Gastlandes,
 - b. den gegenseitigen Austausch von Zöllen zu fördern ;
9. Schlägt der Europäischen Kommission vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, mit der sie beauftragt ist:
- a. Ermittlung der positiven Auswirkungen von Maßnahmen zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit sowie möglicher Zusammenhänge zwischen ihrer Umsetzung und öffentlichen oder internationalen Spannungen,
 - b. Festlegung von Beratungsleitlinien, welche Maßnahmen den größten Erfolg garantieren, auf der Grundlage ihrer Schlussfolgerungen.



Entschließungsantrag des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) II

Gefährdete Spracharten: Einige der 60 Regional- und Minderheitensprachen der EU sind derzeit vom Aussterben bedroht. Was können europäische Staaten angesichts der Bedeutung der Mehrsprachigkeit in Europa tun, um ihr reiches sprachliches Erbe zu verteidigen?

Vorgelegt

von:

Marlene FRITZ (DE), Lessika LANDAO (FR), Yuliia Potapenko (UA), Diana SAMBUKINA (RO), Helene SHAKOURI NIGJEH (DE), Matthieu SPINOSI (FR), Zep VAN DE VISSE (NL), Nikos KALANTZIS (Chair, GR)

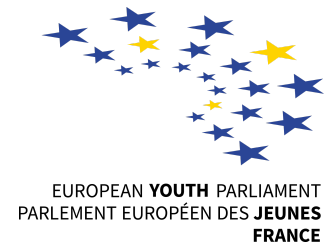
Das Europäische Jugendparlament,

- A. Mit Anerkennung feststellend, dass es in der EU neben den 24 Amtssprachen noch 60 Regional- und Minderheitensprachen (RMLs)²¹ existieren,
- B. Rückrufend, dass von den 60 europäischen RMLs, die im UNESCO-Atlas der gefährdeten Sprachen²² als RMLs bezeichnet werden, nicht alle offiziell anerkannt sind,
- C. Ist darüber besorgt, dass die 60 RMLs von 40-50 Mio. Menschen gesprochen werden,
- D. Ist im tiefen Bedauern, dass nur 18 Mitgliedstaaten der EU die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen²³ unterzeichnet und ratifiziert haben,

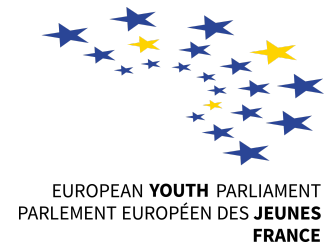
²¹ **Regional- und Minderheitensprachen (RMLs)** sind, laut der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen, schwächere - manchmal auch bedrohte - Sprachen, die traditionell in einer Umgebung eines Staates gesprochen werden und die sich von den offiziell anerkannten Sprachen des Staates unterscheiden.

²² **Der Atlas der gefährdeten Sprachen** wurde von der UNESCO gestaltet und beinhaltet Sprachen, die auf Grund ihrer Vitalität als gefährdet, eindeutig gefährdet, stark gefährdet, vom Aussterben bedroht oder ausgestorben bezeichnet werden.

²³ **Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen** wurde am 5. November 1992 vom Europarat gezeichnet und verlangt die Ratifizierung sowie Unterzeichnung einiger Mitgliedstaaten.



- E. Berücksichtigt, dass viele europäische RMLs in einigen Ländern, unter der Vormachtstellung anderer Sprachen nicht offiziell anerkannt werden, wie zum Beispiel die Kornische Sprache in England,
- F. Betont, dass die Sprache als Kulturträger fungiert und dass die EU, laut dem Vertrag von Lissabon und dem Vertrag über die EU, sich zur Erhaltung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt als kulturelles Erbe der EU verpflichtet hat,
- G. Beunruhigt vom Mangel der Sensibilisierung für die bedrohten RMLs innerhalb oder außerhalb eines Mitgliedstaates,
- H. Glaubt, dass aufgrund des fehlenden Prestige der RMLs eine Diskrepanz zwischen der RML sprechenden Minderheit und dem Rest der Bevölkerung besteht,
- I. Bedauert tief den Mangel an Lernmaterialien, Bildungsmöglichkeiten und Institutionen zum Erhalt der europäischen Regional- und Minderheitensprachen,
- J. Ist sich sehr bewusst, dass Bedrohungsgefühle der nationalen Regierungen die Förderung der RMLs behindern,
- K. Berücksichtigt, dass einige RMLs, wie Romanes, nicht über eine eigene Schrift oder festgelegte Grammatik verfügen,
- L. Nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass gesellschaftliche Inakzeptanz gegenüber den Sprachminderheiten sich in Form von Vorurteilen und Stigmatisierung ausdrückt ;
 - 1. Ermutigt die Mitgliedstaaten die Europäische Charta der RMLs zu unterzeichnen sowie diese zu ratifizieren ;
 - 2. Bittet die Mitgliedstaaten die Förderung der RMLs Sprachen in allen Bereichen der Bildung zu fördern sowie zu verbessern ;



3. Empfiehlt Nichtregierungsorganisationen wie zum Beispiel das European Language Equality Network,²⁴ das Network to Promote Linguistic Diversity²⁵ und die Civil Society Platform on Multilingualism,²⁶ kulturelle Veranstaltungen wie Konferenzen, Seminare und Theaterstücke, durch die finanzielle Unterstützung vom Erasmus+, durchzuführen ;
4. Begrüßt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit dem Community Research and Development Information Service (CORDIS)²⁷ mit dem Ziel:
 - a. Lehrmaterialien wie Bücher, Videos oder Online-Kurse bereitzustellen;
 - b. die Grammatik und die Geschichte der RMLs mit Hilfe der talking dictionaries²⁸ zu dokumentieren ;
5. Appelliert an die Mitgliedstaaten, Medien die in RMLs operieren, zu unterstützen und dabei dem Beispiel von Irland zu folgen ;
6. Hebt die Notwendigkeit hervor, das eigenständige Amt des Kommissars für Mehrsprachigkeit,²⁹ wieder einzuführen ;
7. Ermutigt die Mitgliedstaaten, dem Beispiel von Luxemburg zu folgen, nationale Sprachinstitute zu gründen, die RMLs unterrichten sowie Zertifikate ausstellen.

²⁴ Das **European Language Equality Network** ist eine französische Nichtregierungsorganisation, die Initiativen für den Schutz und die Verbreitung der RMLs ergriffen hat.

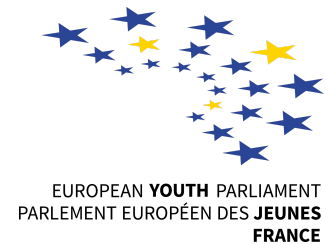
²⁵ Das **Network to Promote Linguistic Diversity** ist ein Netzwerk das aus Wissenschaftlern und Experten besteht und das sich mit der europäischen Sprachpolitik beschäftigt.

²⁶ Die **Civil Society Platform on Multilingualism** ist eine europäische Organisation der Zivilgesellschaft, die sich für Praktiken und Erforschung der Mehrsprachigkeit und der mehrsprachigen Kompetenzen in Europa und darüber hinaus einsetzt.

²⁷ Die Aufgabe des **Community Research and Development Information Service (CORDIS)** besteht darin, Fachleuten in einem Fachbereich Forschungsergebnisse zur Verfügung zu stellen, um offene Wissenschaft zu fördern, innovative Produkte und Dienstleistungen zu erschaffen und das Wachstum in Europa anzukurbeln.

²⁸ **Talking dictionaries** ist ein interaktives Online-Tool, das Wörter und Sätze digital konserviert und damit gefährdete Sprachen fördert.

²⁹ **Der Kommissar für Mehrsprachigkeit** war bis 2014 ein Amt im Rahmen der Europäischen Kommission, das verantwortlich für die Gestaltung der europäischen Sprachpolitik und die Förderung der Mehrsprachigkeit war.



Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) II

Die globale Erwärmung erfordert eine höhere Energieeffizienz und damit die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen und niedrige Treibhausgasemissionen. Dennoch erfordert die Erforschung und Produktion von Ökostrom höhere Anfangsinvestitionen als bei fossilen Brennstoffen. Wie kann die EU die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien in ihrem Markt sicherstellen, um die im Klima- und Energierahmen festgelegten Ziele bis 2030 zu erreichen?

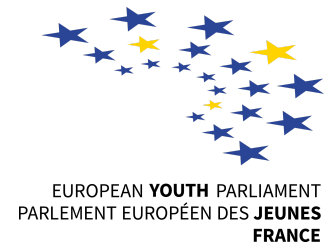
Vorgelegt von:

Stefania BIANCO (IT), Anna DALMASSO (IT), Samira HANNOU (FR), Valentin LECCIA (FR), Antoine LENGES (FR), Lisa MARIN (FR), Myriam BADRI (Chair, FR)

Das Europäisches Jugendparlament,

- A. Mit Freude zur Kenntnis nehmend, dass der Energiewandel viele Vorteile verspricht, wie eine Verringerung der Treibhausgase und damit der Umweltverschmutzung, eine Verringerung der langfristigen nationalen Energierechnung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Selbstversorgung mit Energie,
- B. Unter Berücksichtigung der Energiearmut, von der viele Haushalte in der EU betroffen sind,
- C. Stellt fest, dass der Energiewechsel fünfmal so viel kostet wenn er nicht erreicht wird,
- D. Feststellend, den erheblichen Unterschied bei den Investitionen, die für den Energieübergang zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten erforderlich sind,
- E. Im vollen Bewusstsein, dass einige der im Paket 2020³⁰ angekündigten Ziele von einigen EU-Mitgliedstaaten nicht erreicht werden, wie z.B. eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 %, eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch in der EU oder eine Verbesserung der Energieeffizienz um 20 %,

³⁰ Das Paket 2020 besteht aus einer Reihe verbindlicher Rechtsakte, die es der EU ermöglichen sollen, ihre Energieziele im Kampf gegen den Klimawandel zu erreichen.



- F. Notiz nehmend, dass die verbleibenden geopolitischen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu Energieunterschieden führen,
- G. Inspiriert von verschiedenen Bürgerdemonstrationen wie Greta Thunbergs Aufruf zu einem Streik, der das Bewusstsein für die ökologische Sache erweckt,
- H. Bedenkend, dass erneuerbare Energien einer Unterbrechung unterliegen;
1. Appelliert an die Europäische Kommission ein gemeinschaftlichen Investitionsfond für die Erforschung und Entwicklung von Verfahren zur Erzeugung erneuerbarer Energien einzurichten ;
 2. Ermutigt die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union, einen größeren Teil des EU-Haushalts für die Entwicklung erneuerbarer Energien in den Mitgliedstaaten mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereitzustellen ;
 3. Bittet die EU-Mitgliedstaaten, die erneuerbaren Energien zu demokratisieren, indem sie die Steuerbefreiung für Haushalte fördern, die zum Energiewandel beitragen ;
 4. Unterstützt jeden Mitgliedstaat dabei, bis 2025 einen Vorrang der erneuerbaren Energien vor fossilen Brennstoffen zu schaffen oder finanzielle Sanktionen zu verhängen, die in den Ausbau der erneuerbaren Energien reinvestiert werden sollen ;
 5. Unterstützt darüber hinaus die Einbeziehung von Umwelt- und Energiefragen in den Europäischen Freiwilligendienst (EVS) vor 2025 ;
 6. Fordert die Mitgliedstaaten auf, sich von der in Frankreich bestehenden "Chèque-Energie"³¹ inspirieren zu lassen und sie auf die europäische Ebene auszuweiten ;
 7. Ermächtigt die Europäische Kommission, bis 2024 alle zwei Monate eine Rangliste der Mitgliedstaaten nach dem Anteil der in ihrem Energiemix verwendeten erneuerbaren Energien zu veröffentlichen.

³¹ Finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung der Brennstoffarmut.



Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichberechtigung der Geschlechter (FEMM)

Während die nordischen und die Benelux-Länder bei der Förderung der Sexualerziehung einen hohen Stellenwert haben, ist letzteres in den ost- und südeuropäischen Staaten nach wie vor unzureichend oder nicht vorhanden. Wie können die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass sowohl Männer als auch Frauen Zugang zu angemessenen Standards der Sexualerziehung haben und diese einhalten?

Vorgelegt von:

Shana BELLON (FR), Ilke CAVDAR (TR), Edonita KASHTANJEVA (XK), Elna ESHREFI (XK), Julie FEUVRIER (FR), Clara LEVENT (FR), Vasileios LIANOS (GR), Gjenisa MANDAL (XK), Ida EEROLA (Chair, FI)

Das Europäisches Jugendparlament,

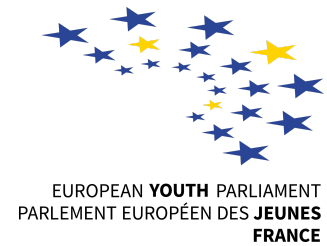
- A. Alarmiert durch die Tatsache, dass mehreren Ländern in der Europäischen Region³² der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Bewusstsein für die Vorteile der Sexualerziehung fehlt,
- B. In Anbetracht der Tatsache, dass die Sexualerziehung in mehreren Mitgliedstaaten wie Irland, Zypern oder Bulgarien entweder nicht vorhanden ist oder nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erhält,
- C. Mit Besorgnis feststellend, dass pornografische Inhalte für junge Menschen oft leicht zugänglich sind, was zu Missverständnissen über die Sexualität ihrerseits führen kann,
- D. In der Erkenntnis, dass der Mangel an pädagogischer Ausbildung zur Sexualerziehung ihre Qualität beeinträchtigt,

³² Eine der sechs Regionen der Weltgesundheitsorganisation. Alle EU-Mitgliedstaaten sind Mitglieder der Europäischen Region der WHO.



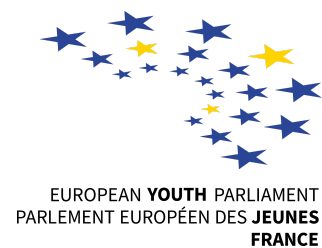
- E. Sehr besorgt über das Versäumnis der derzeitigen Programme zur Sexualaufklärung, die sexuelle Mündigkeit³³ zu definieren und ihre Wichtigkeit festzustellen,
- F. In Anbetracht des möglicherweise korrelativen Zusammenhangs zwischen unzureichender Sexualerziehung und Teenager-Schwangerschaften,
- G. In Anbetracht der mangelnden Repräsentation der LGBTI+ Gemeinschaft im Sexualkundeunterricht,
- H. In dem Bewusstsein, dass einige religiöse Einrichtungen einen erheblichen Einfluss auf die Einstellung zur Sexualerziehung in den Schulen haben;
1. Fordert die Mitgliedstaaten auf, 15 Stunden Sexualerziehung pro Jahr von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II einzubringen, um Themen wie den Begriff des Konsens die Bedeutung des sexuellen Ausdrucks und der Entdeckung, den sicheren Sex für Menschen mit allen sexuellen Orientierungen sowie die Vielfalt der Verhütungsmittel und ihre Bedeutung einzuführen;
 2. Schlägt den Mitgliedstaaten und der WHO vor, bei der Organisation regionaler Programme mit Fachkräften im Bereich der sexuellen Gesundheit zusammenzuarbeiten, um Lehrer im Bereich der Sexualerziehung auszubilden;
 3. Empfiehlt den zuständigen Hochschulbehörden, im Rahmen der pädagogischen Ausbildung der Lehrer gemeinsame internationale Normen für die Sexualerziehung zu schaffen;
 4. Fordert die Europäische Kommission auf, EU-weite Kampagnen durchzuführen, die vor den Risiken der Exposition von Kindern gegenüber Pornografie warnen und daher die Bedeutung der elterlichen Kontrolle der Internetnutzung bekräftigen;
 5. Darüber hinaus schlagen die Mitgliedstaaten vor, Sexualberater für Studenten in Bildungseinrichtungen einzuführen;

³³ Sexuelle Mündigkeit ist eine gegenseitige Vereinbarung zur Teilnahme an einer sexuellen Aktivität.

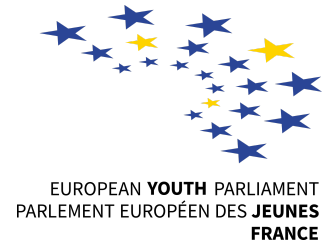


6. Fordert den Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR)³⁴ auf, die Entwicklung alternativer Ansätze für die Sexualerziehung zu erleichtern, die auf unterschiedliche kulturelle und religiöse Umfeldler zugeschnitten sind.

³⁴ Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 28 Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den Ausschuss Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken.



Deutsch-Französische Sitzung - EYP France
Straßburg
2. - 5. März 2019



OFAJ
DFJW

